

## Immobilienhai bleibt Immobilienhai

*Galeria Karstadt-Kaufhof hat wieder Insolvenz und neue Staatshilfe beantragt*

**Eigentlich gehört die Warenhauskette Galeria Karstadt-Kaufhof (GKK) schon längst uns allen. Denn seit Jahren pumpen Bund, Länder und Kommunen Steuermillionen in das Unternehmen – allein in den zurückliegenden zwei Jahren waren es 680 Millionen Euro.**

Viele Kommunen hatten Gewerbesteuererlassen erlassen, um den „notleidenden“ Warenhäusern aus diversen Krisen zu helfen. Auch die jetzt noch 17 400 Galeria-Beschäftigten haben seit langem auf erhebliche Bestandteile ihres Lohns verzichtet, um "ihren" Betrieb zu sanieren.

Nach all dem Horror der Vergangenheit kam es am 31. Oktober noch viel schlimmer, als zum zweiten Mal nach 2020 Insolvenz beantragt wurde. Gleichzeitig drohte Galeria-Chef Miguel Müllenbach bereits mit der Schließung von mindestens einem Drittel der noch 131 Warenhäuser – betriebsbedingte Kündigungen inklusive. Schon 2020 wurden 42 Filialen geschlossen und viele Arbeitsplätze abgebaut.

Von Udo Stunz

Entsprechend groß ist jetzt die Wut und Enttäuschung der Beschäftigten. Denn der Eigentümer der Kette, die Signa Holding des österreichischen Immobilienhais René Benko, hatte bei der Übernahme erst von Karstadt, dann von Galeria Kaufhof umfassende Investitionen in das Warenhausgeschäft versprochen. So gut wie nichts ist davon umgesetzt worden.

Ver.di hat nun - wieder einmal - angekündigt, um jeden Arbeitsplatz bei GKK kämpfen zu wollen. Sie forderte den Eigentümer René Benko zu mehr Engagement auf und machte selbst Vorschläge, wie eine "erfolgreiche Zukunft für Galeria möglich" sei. Dazu gehörten etwa eine größere "lokale Angebotsvielfalt", die "Vernetzung lokaler und digitaler Angebote", eine "größere Befugnis der Entscheider und Entscheiderinnen vor Ort" sowie eine "Intensivierung von Service und Beratung, weil dies ein erfolgreiches Warenhaus" ausmache.

Welche Filialen bleiben und welche geschlossen werden, wird voraussichtlich im Januar klar sein. Allerdings: Die Kriterien für die "Sanierung" der Warenhauskette Galeria Karstadt-Kaufhof haben weniger mit dem Warenhausgeschäft zu tun, als den Beschäftigten weisgemacht wird. Warum? Als der österreichische Immobilieninvestor René Benko mit seiner Signa-Holding erst Karstadt und dann Galeria Kaufhof übernahm, war es ihm – trotz anderslautender Behauptungen – um Gebäude an guten Standorten und nicht um den Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs gegangen. Immobilienhai bleibt halt Immobilienhai.

**Wer am Aufstieg des René Benko und dessen Machenschaften um Karstadt und Kaufhof interessiert ist, dem sei der Film des WDR "René Benkos Aufstieg zum Immobilienmogul" auf Youtube empfohlen.**

## Preise runter, Löhne und Sozialleistungen rauf!

Unter diesem Motto demonstrierte das Bündnis GENUG IST GENUG am 17. Dezember des vergangenen Jahres durch die Dortmunder City. Im Anschluss an die Demo versammelte man sich im Gewerkschaftshaus von ver.di zu einer sogenannten Rally. Zum Beginn sprach die Dortmunder DGB-Chefin Jutta Reiter. Sie bestärkte die Versammelten in ihrem Engagement gegen Teuerung und die drohende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Anschließend berichteten Armutsbetroffene, Aktivist\*innen sozialer Bewegungen und Gewerkschafter von ihren Problemen, Erfahrungen und Zielen. Einig war man sich in der Entschlossenheit, den Kampf 2023 weiterzuführen.





## Auf ein Wort ...

### Reul und Lange, wegtreten!

Bernhard Münster, DKP Dortmund,  
Stadtteilgruppe West

**A**m 08. August erreichte in den Nachmittagsstunden ein Anruf den Polizei-Notruf. Mouhamed D., ein 16jähriger Jugendlicher, der als Flüchtling in einer Wohngruppe in der Nordstadt untergebracht war, hatte sich mit einem Messer in den Innenhof des Gebäudes zurückgezogen. Die Betreuer befürchteten Selbstmordabsichten und benachrichtigten die Polizei, um Mouhamed vor sich selbst zu schützen.

Etwa eine Stunde später war Mouhamed tot. Erschossen mit einer Maschinenpistole der zum „Schutz“ von Mouhamed angerückten 12 Polizeibeamten/innen. 6 Schüsse fielen, 5 Schüsse trafen den Jugendlichen tödlich. Warum? Nach der Version der Polizei soll Mouhamed aggressiv gewesen und nach einem erfolglosen Einsatz von Reizgas und Taser auf die Polizeibeamten mit einem Messer losgerannt sein. Diese Version wurde von den Herren Reul (NRW-Innenminister)

und Lange (Polizeipräsident von Dortmund) übernommen und in der Öffentlichkeit kolportiert. Die bei Tötungsdelikten üblichen Maßnahmen wie Dienstsuspendierung/Haftbefehl, um eine Verdunklungsgefahr durch Absprachen der Beteiligten abzuwenden, wurden nicht veranlasst.

Dass diese Version ein Lügenkonstrukt ist, ist mittlerweile durch die auf Druck der Öffentlichkeit eingeleiteten Ermittlungen erwiesen. Der Betreuer, der die Polizei verständigt hatte, konnte einen akustischen Mitschnitt des gesamten Geschehens präsentieren. Danach steht fest, dass Mouhamed zum Zeitpunkt des Eintreffens der Polizei bis zum Einsatz der Waffen ruhig in einer Ecke saß. Der ermittelnde Oberstaatsanwalt Dombert stellte inzwischen nach Auswertung der Beweismittel klar: „Der Jugendliche saß da und tat nichts.“ Der Waffeneinsatz erfolgte ohne Anlass und Vorwarnung. Auch die Darstellung, Mouhamed sei nach dem Taser-Einsatz mit dem Messer auf die Beamten losgerannt, ist widerlegt. Der erste Schuss aus der MP fiel 0,7 Sekunden nach dem Taser-Einsatz. Er hatte also gar keine Möglichkeit, darauf zu reagieren.

Wer solche Lügengeschichten verbreitet und die Ermittlungen behindert, ist als Innenminister oder Polizeipräsident nicht tragbar.

## ver.di fordert 10,5 %, mindestens aber 500 Euro mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten Können so die Reallohnverluste ausgeglichen werden?

**Verdi fordert für die 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen 10,5 %, mindestens aber 500 Euro mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Bei galoppierender Inflation und Teuerungsraten von z. B. 36,6 % für Haushaltsenergiekosten und 16,6 % für Lebensmittel ist es fraglich, ob die dadurch entstandenen Reallohnverluste ausgeglichen werden.**

Wie immer weisen die Unternehmerverbände die Gewerkschaftsforderung zurück: „Die Forderungen von ver.di würden 15,4 Milliarden Mehrkosten verursachen, das können wir uns nicht leisten!“ Was „wir uns“ aber leisten können: 33 Milliarden Euro Steuergelder zur „Rettung“ des Energiekonzerns Uniper, 6 Milliarden Euro zur „Rettung“ der Lufthansa, 100 Milliarden Sondervermögen für künftige Kriege als Geschenk für die Rüstungsindustrie.

Die 200-Mrd. „Doppel-Wums“, die als Entlastung der kleinen Leute verkauft wurden, sollen vor allem in die Kassen der Konzerne fließen („Kapitalisierung von Unternehmen“). Auch dieses „Sondervermögen“ ist nichts anderes als ein Schuldenberg, der von den Arbeitenden zurückgezahlt werden muss.

Die kürzlichen Tarifabschlüsse von IG

Von Udo Stunz

Metall und IGBCE sehen Einmalzahlungen an die Beschäftigten vor, denen nur geringfügige monatliche Lohnsteigerungen weit unterhalb ursprünglicher Forderungen und der Inflationsrate gegenüber stehen. Kann dies ein Vorbild für die anstehende Tarifrunde von ver.di sein?

Die anstehenden Tarifverhandlungen - nicht nur von Verdi - stehen unter medialem und regierungsamtlichem Dauerfeuer. So wird behauptet, dass Inflation und Energie-Krise durch den Krieg Russlands in der Ukraine verursacht worden seien. Tatsächlich wurde aber mit der Erklärung des Wirtschaftskrieges gegen Russland („wir wollen Russland ruinieren“), das Energie-Angebot schlagartig und dramatisch reduziert und damit der Impuls zu explodierenden Preisen und Spekulation gegeben.

Eine besondere politische Bedeutung erhalten die anstehenden Tarifaueinandersetzungen



dadurch, dass auch einige Gewerkschaftsführungen die Position vertreten, der Wirtschaftskrieg gegen Russland sei alternativlos, es müsse massiv aufgerüstet werden und die Arbeitenden müssten dafür Opfer bringen.

Die Verdi-Forderung - so sie denn umgesetzt werden sollte - wird die verheerenden Folgen des Wirtschaftskrieges nicht wettmachen, abmildern indessen schon.



## Die Beschäftigten von ServiceDO kämpfen um einen Haustarifvertrag

**„ ... es ist überfällig, dass eine Gleichberechtigung aller Beschäftigten im Klinikbetrieb erreicht wird.**

Das nachstehende Interview führten wir mit Elke Köntopp (Foto rechts). Elke arbeitet seit 17 Jahren bei ServiceDO, das als Tochterunternehmen des Klinikums Dortmund betrieben wird. Sie ist Betriebsrätin, ver.di-Vertrauensfrau und Mitglied der zuständigen Tariff Kommission, geht somit voran im Kampf gegen die besondere Benachteiligung, der die Belegschaft bei ServiceDO ausgesetzt ist. Die 550 Kolleginnen und Kollegen erledigen folgende für uns als Patientinnen und Patienten unverzichtbare Tätigkeiten: die Zubereitung und Bereitstellung des Essens, die Spülküche, die Reinigung der Klinik, die Sterilisation, die Aufbereitung benutzter Betten, die Logistik und den Patiententransport.



**Elke, bei der ServiceDO kämpft Ihr als Beschäftigte um einen Haustarifvertrag, der sich am TvÖD orientieren soll. Warum ist das überhaupt notwendig?**

Auch wenn die ServiceDo eine Tochter des tarifgebundenen KlinikumDO ist, hatten wir bislang keinen Tarifvertrag. Gemeinsam halten wir Tag für Tag den Klinikbetrieb am Laufen, doch die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung sind immens. Während die Beschäftigten im KlinikumDO 38,5 Stunden pro Woche arbeiten, sind es bei uns in der ServiceDO 40 Stunden. Im KlinikumDo gibt es ein gesichertes Weihnachtsgeld, bei uns nicht. Zum September 2022 konnten wir über ver.di eine Lohnerhöhung von 10% erreichen, vorher betrug der Unterschied zum TvÖD im Schnitt rund 40%! Auch wenn wir alle eigentlich im "gleichen Boot" sitzen müssten, fühlt sich das aber bis heute nicht so an! Bis wir dann einen Tarifvertrag erreicht haben werden, haben wir mit der Lohnerhöhung als ersten Schritt einen "Vorschalttarifvertrag" ausgehandelt.

**Wie geht es nun für Euch weiter?**

Die ausgehandelte Lohnerhöhung gilt bis August. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber um einen Haustarifvertrag werden wir aber schon im Januar/Februar fortsetzen. Ziel ist es, möglichst bald Regelungen zu erreichen, die weitgehend dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TvÖD) entsprechen, der auch im KlinikumDO gilt. Ich wünsche mir hier eine breite Solidarität durch die Be-

völkerung und die Politik. Diese zu erreichen, wäre eine super Belohnung für das, was wir jeden Tag schaffen!

**Welche Rolle spielt dabei die Gewerkschaft ver.di?**

Ohne Gewerkschaft hätten wir uns nicht auf den Weg machen können, einen Haustarifvertrag zu erstreiten. Früher waren nur wenige von uns bei ver.di. Vielen war nicht klar, was sie mit einer Gewerkschaft erreichen können, es gab sogar auch ein Misstrauen. Dies änderte sich mit den ersten Verhandlungserfolgen. Noch vor der Lohnerhöhung von 10% konnten wir erreichen, dass auch die Beschäftigten bei ServiceDO die Corona-Zulage erhielten. Ausgehandelt haben wir auch den Anspruch auf 30 Urlaubstage. Danach haben sich viele von uns bei ver.di organisiert. Als Beschäftigte sind wir dadurch zu einer Kraft geworden. Durch die Verhandlungskommission verhandeln nun Beschäftigte selbst ihre künftigen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aus.

**Wie sähe ein Verhandlungserfolg für Dich persönlich aus?**

Seit 17 Jahren verrichte ich hier meine Arbeit. Es ist einfach überfällig, dass eine Gleichberechtigung aller Beschäftigten im Klinikbetrieb erreicht wird! Die Benachteiligungen müssen beseitigt werden. Ich weiß, dass uns dies nicht geschenkt werden wird und wir dafür noch weiter streiten müssen. Jetzt nichts zu tun wäre aber, wie wenn man am Bahnhof auf das Eintreffen eines Schiffes warten würde! Mit unserem Kampf

um einen Haustarifvertrag machen wir hoffentlich aber auch anderen Belegschaften ohne Tarifvertrag Mut, den gleichen Weg zu gehen.

**Wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen Euch und Eurer Gewerkschaft viel Erfolg!**

### KURZ & BÜNDIG

#### Stadt Unna will private Kläger gegen Erweiterung des Dortmunder Flughafens finanziell unterstützen

Die Stadt Unna hatte gegen die Erweiterung geklagt, war allerdings damit nicht durchgekommen. Im entsprechenden Gerichtsentscheid wird indessen die Möglichkeit eingeräumt, dass Privatkläger erneut juristisch gegen die Flughafenerweiterung vorgehen können. Nun kündigte die Stadt Unna an, mögliche private Kläger finanziell zu unterstützen. In einer Presseerklärung des Stadtrates heißt es dazu:

„Nachdem sich zuletzt die im Rat vertretenen Fraktionen geschlossen gegen eine Flugzeiten- und Landbahnverlängerung ausgesprochen haben, beabsichtigt die Stadt nun, die möglichen Privatkläger zu unterstützen. Die Einzelheiten und auch die Höhe einer möglichen finanziellen Beteiligung sind noch abzustimmen.“

Die Stadt habe sich in der Vergangenheit immer gegen eine Erweiterung des Flughafens ausgesprochen und werde auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, dagegen vorzugehen, um die Einwohner, insbesondere in Unna-Massen vor weiterem Fluglärm zu schützen. Daneben werde die Stadt der „Schutzgemeinschaft Fluglärm Dortmund – Kreis Unna e. V.“ beitreten, mit der man bereits im regelmäßigen Austausch stehe und auch hier bereits Unterstützung leiste.



Die britische Zeitung Guardian gibt die Zahl der bei den WM-Bauarbeiten in Katar zu Tode gekommenen Arbeitsmigranten mit 6 500 an. Amnesty International spricht von 15021 Toten.

„Ja, ja, ja! Aber in 10 Jahren!“ weiß dazu Uli Hoeneß. Und wie sehr ihm die Toten Wurst sind, beweist seine Meinung: „Den Arbeitern in Katar geht es durch die WM besser.“

Er weiß auch, dass „Katar Anteilseigner bei VW und der Deutschen Bank und künftiger Gaslieferant“ ist. Und wir wissen, dass Qatar Airways den FC Bayern jährlich mit 25 Mio Euro sponsert.

Der Kauf von 4 FIFA-Stimmen brachte 2010 diese WM nach Katar. Dabei spielte auch Katars Milliarden-Euro-Kauf französischer Kampffjets und als Dreingabe die Übernahme des bankrotten Vereins Paris St.Germain eine Rolle, verabredet 2010 zwischen dem Emir von Katar, dem französischen Präsidenten Sarkozy und Michel Platini (UEFA-Präsident und FIFA-Exekutivkomitee).

Pep Guardiola ist zu Scherzen aufgelegt: „Katar ist ein demokratisches Land, sonst hätte es die WM nicht bekommen.“ Und Bayern-Freund TV-Reif setzt noch einen drauf: „Ich unterstelle allen Beteiligten Ehrlichkeit“.

Ich kenne auch einen guten Witz: Es gibt einen Profifußball ohne Betrug und Bestechung.

Ulrich Sander / Felix Oekentorp (Hg.)

### Die Faust nicht nur in der Tasche ballen

Ein Willi Hoffmeister Buch

Im kommenden Jahr wäre Willi Hoffmeister 90 Jahre geworden – und ohne jeden Zweifel wäre er beim Ostermarsch Rhein-Ruhr, den er viele Jahrzehnte mitgestaltet hat, dabei gewesen. Seit August 2021 müssen wir auf Willi verzichten. Ulrich Sander und Felix Oekentorp, zwei politische Wegbegleiter, haben ihm mit einem „Willi-Hoffmeister-Buch“ unter dem Titel „Die Faust nicht nur in der Tasche ballen“ ein erinnerungspolitisches Denkmal gesetzt. Im Zentrum des Buches stehen Erinnerungen, die Willi selbst verfasst hat.



**Zeitung der DKP: Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen Woche für Woche!**

6 Wochen Probeabo Zeitung und Online-Ausgabe > gratis

**Das 6-Wochen-Probe-Abo endet natürlich automatisch. Dabei entstehen für Sie keine weiteren Verpflichtungen!**

CommPress Verlag  
Carol Schröder  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.:0201 177889-15 (14h-18h)  
Fax:0201 177889-28  
E-Mail:abo@unsere-zeit.de



### Buchvorstellung

Am 18. Januar des neuen Jahres stellen Ulrich Sander und Felix Oekentorp das Willi-Hoffmeister-Buch im Kulturhaus der Buchhandlung Taranta Babu (Klinikviertel, Ecke Humboldtstr./Amalienstr.) vor. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr.

Ulrich Sander/ Felix Oekentorp (Hg.), *Die Faust nicht nur in der Tasche ballen - Ein Willi-Hoffmeister-Buch*, Neue Impulse Verlag, Essen 2022, 201 Seiten 16,80 Euro, erhältlich unter uzshop.de

### Das Zitat

Einflußreiche Großunternehmer tragen hierzulande den Kosenamen Familienunternehmer. In Ländern wie Griecheland bezeichnet man vergleichbare Firmenbesitzer als Oligarchen.

Christoph Butterwegge  
Ungleichheitsforscher

## TERMINE

### der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z\*\* eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.
- > Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** \*
- > Jeden 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Nord** im Z\*\*.

\* Der Versammlungsort der Stadtteilgruppen West ist zu erfragen unter: >  
[info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

### Kontakt zur DKP

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name .....  
Straße .....  
PLZ/Ort .....  
E-Mail .....

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an [Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)



**Spendet für die Kommunistische Partei!**

Auch kleine Beträge helfen weiter!

Sparkasse Dortmund  
IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51  
Stichwort: Spende

### Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27,  
44145 Dortmund  
Tel. 28 21 77 97

[Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)  
[www.dkp-dortmund.de](http://www.dkp-dortmund.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
17.12. 2022

V.l.S.d.P.: Dave Varghese

